

Medienmitteilung

Finanz- und wirtschaftspolitische Herausforderungen

BDP schlägt echte und wirksame Lösungen vor

Der Standort Schweiz und sein Erfolgsmodell stehen vor schwierigen Herausforderungen. Die Schweizerische Nationalbank hat nach rund drei Jahren die Verteidigung der Euro-Untergrenze von 1.20 aufgegeben, und die Prognosen der Staatsfinanzen müssen aufgrund der wirtschaftlichen Aussichten nach unten korrigiert werden. Die BDP ist gewillt, ihren Beitrag zu konstruktiven, sinnvollen und spezifischen Lösungen zu leisten. Sie wird aber nicht Hand bieten, wenn es darum geht, die Frankenstärke missbräuchlich und opportunistisch für politische Zwecke zu nutzen. Insbesondere ist die BDP nicht bereit, auf die wirtschaftlichen Chancen einer geordneten Energiewende zu verzichten.

Die Frankenstärke ist als Phänomen nicht neu, sondern quasi ein Dauerbegleiter der Schweizer Wirtschaft. Und trotz einer stets starken Währung gehört die Schweiz zu den weltweit erfolgreichsten Exportnationen. Es gibt dabei aber nichts zu beschönigen, weil gerade überraschende und starke Kursverwerfungen die betroffenen Unternehmen und Branchen vor extrem schwierige Aufgaben stellen und dies alles nicht schmerzlos über die Bühne gehen wird. Hinzu kommt eine grosse Unsicherheit in Bezug auf die Umsetzung der „Masseneinwanderungsinitiative“ und damit auf das bilaterale Verhältnis zu Europa. Die Gefahr wirtschaftlicher Isolation, aber auch Gedankenspielerien über den Sinn von Völkerrecht und Menschenrechten haben das weltweite Image der Schweiz geschwächt. Die Schweiz als einst stabiler und sicherer Investitionsstandort ist für viele unberechenbar geworden. Die konjunkturellen Prognosen mussten deshalb ebenso nach unten korrigiert werden wie die finanzpolitischen Aussichten des Bundes.

Rund um die bevorstehende dringliche Debatte im Nationalrat wurden zahlreiche Interpellationen eingereicht. Ebenso werden kreuz und quer parteipolitische Forderungen in den Raum gestellt, die sich mehrheitlich als Reaktion auf die Frankenstärke nicht eignen. Die BDP hat sich deshalb nicht auf Interpellationen, sondern auf konkrete Vorstösse konzentriert, welche rasch und spezifisch wirksame Entlastungen bringen.

So fordert die BDP eine temporäre Mehrwertsteuerbefreiung von Tourismus und Gastronomie, welche sich an klaren Kriterien zu orientieren hat und nur auf Gesuch hin erteilt wird. Sie wird zudem den Vorschlag des Bundesrates für höhere Mittel an die Regionalpolitik (NRP) unterstützen und fordert ebenso mehr Mittel für die KTI.

Beim Beschaffungswesen sollen gleich lange Spiesse für inländische Anbieter geschaffen werden, indem für die Vergleichbarkeit der Angebote nicht mehr die volatilen Wechselkurse des Devisenmarktes, sondern die effektive Kaufkraftparität angewendet werden sollen.

Die verschlechterten wirtschaftlichen Aussichten haben Auswirkungen auf den Staatshaushalt. Drohende Steuerausfälle, bzw. sinkende Steuereinnahmen erfordern nachhaltige Sparmassnahmen. Dabei ist der Hebel klar auf der Kostenseite anzusetzen und nicht bei Investitionen, welche im Sinne von antizyklischem Verhalten notwendiger sein werden denn je.

Steigende Bürokratie ist eine Realität, welche den Unternehmen das Leben zunehmend schwer macht. Die Ursachen hingegen sind vielfältig und teilweise schwer zu erörtern. Die BDP sieht diese nur teilweise im gesetzgeberischen Umfeld des Parlaments. Oftmals werden anschliessend auf der Verordnungsstufe und auch im Interpretationsspielraum der Umsetzung auf Verwaltungsebene übertriebene und unverständliche Hürden eingebaut. Die BDP engagiert sich deshalb für die Einführung eines Vetorechts bei bundesrätlichen Verordnungen.

Ebenso verlangt die BDP vom Bundesrat einen massiven Abbau des administrativen Aufwands. Innerhalb von zwei Jahren sollen sämtliche Bundesverordnungen bezüglich ihres Umfangs und ihrer Komplexität zu überprüfen und massiv zu vereinfachen Weisungen, Wegleitungen und Richtlinien sollen im Grundsatz ganz abgeschafft und nur noch in begründeten Ausnahmefällen angewendet werden.

Zudem stellt die BDP mit Sorge fest, dass das Stellenwachstum bei der Verwaltung im Vergleich zur Wirtschaft überdurchschnittlich hoch ist. Ein effektives Stellenwachstum hat in der Schweiz in den letzten Jahren ausschliesslich im Gesundheitswesen und in der Verwaltung stattgefunden. Alle anderen Sektoren weisen eine rückläufige Entwicklung auf. Das bedeutet faktisch, dass die Schweiz „in sich selber“ investiert. Die Schweiz muss kurze Wege und schlanke Prozesse – auch in der Verwaltung – zu ihren Stärken zählen können und damit den Unternehmen unbürokratische Rahmenbedingungen bieten. Die Anreize zu Effektivitätssteigerungen in der Verwaltung sind aus dieser Perspektive gesehen zu klein.

Die BDP wird hingegen in keiner Weise dazu Hand bieten, strategische wichtige Projekte für die Schweiz unter dem Vorwand der Frankenstärke zu gefährden. Diese sind jetzt wichtiger denn je. Gerade eine geordnete Energiewende ist aus Sicht der BDP das beste Konjunkturprogramm mit enormen Chancen für die innovative Schweizer Wirtschaft. Wer jetzt opportunistisch versucht, politisch ungeliebte Dossier zu torpedieren, hat damit kein Rezept gegen die Frankenstärke gefunden und vor allem keinem einzigen betroffenen Unternehmen geholfen.

Auskunft:

NR Martin Landolt, 079 620 08 51

NR Hans Grunder, 079 616 11 71

18.03.2015